

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025–2028 (Kulturbotschaft)

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Inhalt

1. Ausgangslage	3
2. Zum Vernehmlassungsverfahren und zum Konzept der Auswertung	3
2.1 Vernehmlassungsverfahren	3
2.2 Auswertung	3
3. Zusammenfassung der Ergebnisse	4
4. Die wichtigsten Themenbereiche	5
4.1 Kernthema 1: Aktuelle Herausforderungen und Handlungsfelder für die Kultur in der Schweiz	5
4.2 Kernthema 2: Schwerpunkte des Bundes	7
4.3 Kernthema 3: Verstärkte Zusammenarbeit in der Kulturpolitik	8
4.4 Kernthema 4: Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes	10
4.5 Kernthema 5: Revision des Nationalbibliotheksgesetzes	11
4.6 Auswahl weiterer Themen	12
5. Anhang	22
5.1 Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden mit Abkürzungen	22
5.2 Abkürzungsverzeichnis der Organisationen	23
5.3 Liste der eingegangenen Spontanantworten	25
5.4 Statistische Übersicht der eingegangenen Antworten	29

1. Ausgangslage

Gemäss Artikel 27 Kulturförderungsgesetz (KFG) unterbreitet der Bundesrat der Bundesversammlung für jeweils vier Jahre eine Botschaft zur Finanzierung der Kulturförderung des Bundes. Darin bestimmt er seine kulturpolitischen Schwerpunkte für diesen Zeitraum.

2. Zum Vernehmlassungsverfahren und zum Konzept der Auswertung

2.1 Vernehmlassungsverfahren

Am 9. Juni 2023 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Entwurf der Botschaft zur Kulturförderung für die Periode 2025–2028 (Kulturbotschaft). Die Adressaten der Vernehmlassung konnten bis zum 22. September 2023 Stellung nehmen.

Neben den Kantonen wurden 11 politische Parteien, 3 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, 8 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft (nachfolgend: Wirtschaftsverbände) sowie weitere 205 zumeist in Kultur und Bildungswesen tätige Organisationen begrüsst. Insgesamt wurden 254 Adressaten zur Stellungnahme eingeladen.

Insgesamt sind 369 Antworten eingegangen. Eine Stellungnahme haben eingereicht: 26 Kantone, 6 politische Parteien, 3 Wirtschaftsverbände, 3 Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie 131 Organisationen. Im Weiteren haben 200 Personen eine Spontanantwort (ohne Einladung) eingereicht.

2.2 Auswertung

Angesichts der grossen Bandbreite der Themen und der Mannigfaltigkeit der Antworten können in der Auswertung nur die häufigsten und wichtigsten Punkte aus den Stellungnahmen der eingeladenen Vernehmlassungsadressaten angesprochen werden. Es ist auch nicht möglich, die Begründungen und Argumentationen im Einzelnen wiederzugeben, ohne dass der Bericht an Übersichtlichkeit verlieren würde. Massgebend bei der Auswertung war der Grundsatz, die Kernaussagen in reduzierter, aber möglichst unverfälschter Form im Bericht festzuhalten. Die insgesamt 200 Spontanantworten wurden zur Kenntnis genommen, sind aber nicht speziell ausgewiesen, sofern die Inhalte bereits von anderen Teilnehmenden erwähnt wurden.

Auf die summarische Zusammenfassung der Ergebnisse der Vernehmlassung (Ziff. 3) folgt eine Darstellung der Reaktionen zu fünf Kernthemen (Ziff. 4.1 bis 4.5) sowie zu weiteren wichtigen Themen aus den Stellungnahmen der eingeladenen Vernehmlassungsadressaten. Im Anhang finden sich das Verzeichnis der Teilnehmenden – mit einem separaten Verzeichnis der Spontanantworten – sowie eine statistische Übersicht (Ziff. 5). Für weitere Einzelheiten wird auf die Vernehmlassungsantworten verwiesen, die auf der Homepage der Bundeskanzlei einsehbar sind.¹

Die Stellungnahmen wurden in Bezug auf die fünf Kernthemen einer der folgenden drei Bewertungskategorien zugeordnet:

- a. Grundsätzliche Zustimmung
- b. Grosse Vorbehalte
- c. Ablehnung

Es haben sich nicht alle Teilnehmende zu allen Kernthemen geäussert. Wo sich Teilnehmende nicht explizit äusserten, wurde keine Zuordnung vorgenommen und insbesondere nicht von einer grundsätzlichen Zustimmung ausgegangen.

¹ Abrufbar unter: www.bk.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2023

Viele Teilnehmende verweisen auf die Stellungnahmen anderer Teilnehmenden und ergänzen teilweise mit eigenen Aussagen (so verweisen beispielsweise die Kantone auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) oder verschiedene Kulturverbände auf die Stellungnahme von Suisseculture). In diesen Fällen wurden in der Auswertung grundsätzlich nur die eigenen Aussagen berücksichtigt und nicht sämtliche Punkte aus den Verweisobjekten.

3. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Einladung zur Vernehmlassung war mit fünf konkreten Fragen verbunden. In Bezug auf diese fünf Kernthemen lässt sich das Ergebnis der Vernehmlassung wie folgt zusammenfassen:

- Kernthema 1: Aktuelle Herausforderungen und Handlungsfelder für die Kultur in der Schweiz: Praktisch alle Teilnehmenden beurteilen die Analyse der Herausforderungen für die Kultur in der Schweiz und die Definition der Handlungsfelder im Grundsatz positiv. Die Herausforderungen wurden mehrheitlich als inhaltlich zutreffend und die Definition der Handlungsfelder als überzeugend bezeichnet. Der Prozess der Erarbeitung der vorliegenden Kulturbotschaft und der Einbezug der Sichtweisen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen wird von vielen Teilnehmenden als vorbildlich gelobt.
- Kernthema 2: Schwerpunkte des Bundes: Die vorgeschlagenen Schwerpunkte der Massnahmen des Bundes zu den einzelnen Handlungsfeldern fanden im Grundsatz breite Zustimmung. Einzig SVP und sgV lehnen die Schwerpunkte ab.
- Kernthema 3: Verstärkte Zusammenarbeit in der Kulturpolitik: Die Kantone, Städte und Gemeinden befürworten eine Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Bund. Sie lehnen einen allfälligen Steuerungsanspruch des Bundes im Kulturbereich jedoch dezidiert ab. In Bezug auf den Nationalen Kulturdialog betonen die Kantone und Städte die Notwendigkeit einer engen Abstimmung der staatlichen Partner zum weiteren Vorgehen. Eine breite Allianz von Organisationen unterstreicht die Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation und Koordination in der Schweizer Kulturpolitik und begrüsst die dazu in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Schritte, insbesondere die Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor.
- Kernthema 4: Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes: Die vorgeschlagene Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes stiess in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung bei den Kantonen und den eingeladenen Organisationen. Skeptisch (aber nicht ablehnend) äusserten sich die Mitte und die FDP. Gewisse Teilnehmende (economiesuisse, SGV und sgV) lehnen die Revision ab.
- Kernthema 5: Revision des Nationalbibliotheksgesetzes: Die vorgeschlagene Revision stiess in der Vernehmlassung auf eine geteilte Einschätzung: Die Kantone, die Städte, verschiedene politische Parteien (FDP, GPS, Mitte) und zahlreiche Organisationen aus dem Bereich des Kulturerbes begrüssen die Revision und sprechen teilweise von einem «überfälligen Schritt». Andere Kulturorganisationen sowie die Verwertungsgesellschaften lehnen die vorgeschlagene Lösung dezidiert ab.

Ergänzend zu den Antworten auf die fünf gestellten Fragen gingen zahlreiche weitere Rückmeldungen zu verschiedenen Themen ein, insbesondere zum vorgesehenen Finanzrahmen (vgl. Ziff. 4.6). Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden (unter anderem die EDK, praktisch alle Kantone, GPS, SGV, SP, SSV sowie ein Grossteil der Organisationen) fordert dabei eine markante Erhöhung der Finanzmittel für die Kultur im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage. Die Mitte ist mit dem vorgeschlagenen Gesamtfinanzrahmen einverstanden. Die FDP fordert einen Verzicht auf die reale Erhöhung von 0,2 % und möchte nur den Teuerungsausgleich gewähren. Nach Auffassung von sgV und SVP sind die vorgeschlagenen Finanzmittel deutlich zu kürzen.

4. Die wichtigsten Themenbereiche

4.1 Kernthema 1: Aktuelle Herausforderungen und Handlungsfelder für die Kultur in der Schweiz

Inhalt des Kernthemas: Der Botschaftsentwurf analysiert die aktuellen Herausforderungen für die Kultur in der Schweiz. Die dabei identifizierten Herausforderungen wurden in sechs Handlungsfeldern gegliedert (Kultur als Arbeitswelt; Aktualisierung der Kulturförderung; Digitale Transformation in der Kultur; Kultur als Dimension der Nachhaltigkeit; Kulturerbe als lebendiges Gedächtnis; Gouvernanz im Kulturbereich). Den Vernehmlassungsadressaten wurden folgende Fragen gestellt: Wie beurteilen Sie die Analyse der aktuellen Herausforderungen für die Kultur in der Schweiz? Stimmen Sie den Zielen zu den sechs Handlungsfeldern im Grundsatz zu? Gibt es grundlegende Elemente, welche nicht erwähnt sind?

	Grundsätzliche Zustimmung	Grosse Vorbehalte	Ablehnung
Kantone	EDK, AG, AI, AR, BE, BL, BS, GE, GL, GR, JU, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZH		
Politische Parteien	FDP, GPS, Mitte, SP		SVP
Wirtschaftsverbände	SGB		sgv
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	SGV, SSV		
Organisationen	AdS, Alesi, AP, ARF, AROPA, AS, ASO, BB, BibMed, BibS, ch, CinéE, CinéF, CinéM, Cinésuisse, Cultura, DAH, DS, edu, EFik, EJV, EKD, EOv, FH, GARP, GSFA, GSK, HeK, HR, IGF, Interbiblio, K-SDA, KVS, LFS, LR, LS, M, MDS, Memoria, NIKE, NSP, OLSI, PC, SAM, SAP, SAPA, SBV, SBVV, SCS, SCV, SDA, SF, SFAk, SFound, SFP, SFV, SIA, SIG, SIKJM, SINC, SIR, SIsrG, SJW, SKJF, SKKB, SKR, SKuV, SKV, SLFP, SMPA, SMR, SMPV, SMV, Sonart, SPS, SRG SSR, SSA, SSP, SSV, STPV, Suisseculture, SzCH, t., TFC, UNESCO, VFDM, visarte, VmR, VMS, vms, VMS/CHICOM, VSSM		

Praktisch alle Teilnehmenden beurteilen die Analyse der Herausforderungen für die Kultur in der Schweiz und die Definition der Handlungsfelder im Grundsatz positiv. Die Herausforderungen werden als inhaltlich zutreffend und die Definition der Handlungsfelder als überzeugend bezeichnet. Es wird hervorgehoben, dass die Kulturbotschaft eine wichtige orientierende Rolle in der Kulturpolitik spielt. Der Prozess der Erarbeitung der vorliegenden Kulturbotschaft und der Einbezug der Sichtweisen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen wird von vielen Teilnehmenden als vorbildlich gelobt. Die Städte halten fest, dass die Handlungsfelder nicht mit Zielen zu verbinden seien, da die Kulturbotschaft nur eine orientierende Rolle in der Schweizer Kulturpolitik spiele.

Kultur als Arbeitswelt

Viele Organisationen, die Kantone und Städte und einige Parteien begrüßen explizit die integrierte Betrachtung der Situation der professionellen Kulturschaffenden. Die Stärkung der sozialen Sicherheit sowie die Verbesserung der Einkommenssituation der Kulturschaffenden werden als wichtige Ziele angesehen und begrüsst. In der Umsetzung der verschiedenen Massnahmen und Vorschläge haben

einige Organisationen wie auch die Kantone Präzisierungsvorschläge sowie Einwände aus der Perspektive einzelner Branchen angebracht (vgl. unten Ziff. 4.6 Bst. b).

Aktualisierung des Kulturförderungssystems

Die Kantone begrüßen den Vorschlag, die Unterstützungsprogramme dahingehend anzupassen, dass die der Produktion vor- und nachgelagerten Arbeitsphasen stärker berücksichtigt werden. Die Städte (SSV) unterstützen die vom Bund in seiner Kulturbotschaft dargelegten Vorhaben ebenfalls, die auf eine bessere Berücksichtigung aller Phasen der kreativen Arbeit, die Notwendigkeit flexiblerer Förderformate sowie eine klimaverträglichere Kulturproduktion hinwirken, allfällige Massnahmen seien in Absprache mit den weiteren Staatsebenen umzusetzen.

Mehrere Organisationen (z. B. SFound, VMS, VMS/CH-ICOM, ähnlich DS, EOv, HR, SIKJM, SJW, SKJF, SMR, SMV, STPV; ähnlich CinéE, SSA) begrüßen, dass im Rahmen der angekündigten Aktualisierung der Kulturförderung zusätzlich die der Produktion vor- und nachgelagerten Phasen gefördert werden sollen; viele Stellungnahmen präzisieren, dies dürfe jedoch nicht zu Lasten der klassischen Aufgaben der Kulturinstitutionen und der eigentlichen Werkförderung gehen, somit seien offensichtlich zusätzliche Mittel notwendig. Eine Aktualisierung solle auch eine Anerkennung der Popmusikveranstaltungsbranche und der Clubkultur umfassen (Petzi, SMPA). PC und andere Organisationen aus dem Filmbereich verweisen auf die wichtige Rolle der Kinos bei der Filmdiffusion, welche explizit zu erwähnen sei.

Digitale Transformation in der Kultur

Die entscheidende Bedeutung der digitalen Transformation in der Kultur wurde von vielen Seiten bekräftigt. Die Mitte betont die entscheidende Bedeutung der Förderung der digitalen Transformation in der Kultur. GPS weist darauf hin, dass digitale Transformation nicht nur eine Anpassung der analogen Kunst bedeute, sondern es sei anzuerkennen, dass es genuin digitale Kunst gebe, z. B. Videospiele; diese sind gemäss SGDA in einem separaten Kapitel zu berücksichtigen. DS weist darauf hin, dass digitale Entwicklungen die Unterstützung für analoge Produktionen nicht beeinträchtigen dürfen. Für die SVP ist die digitale Transformation eine technische Entwicklung wie jede andere und hat weder direkt noch indirekt mit der Kultur zu tun.

Verschiedene Teilnehmende (namentlich die Kantone AR, GE, GR, JU, SG, SH, SO, UR, VD, ZH sowie die Organisationen AdS, AROPA, BibS, Cinésuisse, CinéF, LFS, SCS, SGDA, SIKJM, SMV, Sonart, SSA, Suisseculture, visarte) regen an, das Thema der künstlichen Intelligenz im Handlungsfeld der Digitalisierung zu ergänzen. Mehrere Organisationen plädieren in diesem Zusammenhang für eine Thematisierung respektive Regulierung der künstlichen Intelligenz zum Schutz der Urheberinnen und Urheber. AS weist auf die Wichtigkeit eines Engagements des Bundes bei der Schaffung, dem Betrieb und der kontinuierlichen Weiterentwicklung einer, den schweizweiten Standards folgenden, digitalen Dokumentation des archäologischen Erbes hin. MemoriaV bekräftigt, dass Insellösungen unbedingt vermieden werden müssten und weist auch auf die Wichtigkeit des Erhalts von Originalen hin.

Aus Sicht des Kantons GR (auch: LR, PSR) sei bezüglich der digitalen Transformation, neben dem kulturellen Gesichtspunkt, die sprachliche Vielfalt stärker zu gewichten und Sprachminderheiten wie das Italienische und das Rätoromanische zu unterstützen, damit diese mit den grossen Kulturräumen Schritt halten können und gleichermassen über effiziente, digitale Instrumente verfügen.

Kultur als Dimension der Nachhaltigkeit

Die EDK begrüsst eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen Instanzen, die zur Erreichung gemeinsamer Ziele unerlässlich sei. Der Kanton VD ist beunruhigt von der Abwesenheit von Gedanken zu den Konsequenzen der Digitalisierung für die Nachhaltigkeit.

Verschiedene Organisationen (namentlich ARF, SCS, SIG, Sonart, Suisseculture, SzCH, t.; ähnlich visarte) begrüßen den Einbezug der Nachhaltigkeit, weisen aber auf die Komplexität des Themas hin und darauf, dass eine breite Koalition internationaler Kulturverbände für 2030 anstrebt, Kultur als eigenständiges 18. UN-Nachhaltigkeitsziel zu verankern.

Verschiedene Teilnehmende (namentlich AP, AS, BSA, DAH, EKD, GSK, NIKE, NSP, SAM, SKR, SL-FP, VmR, ähnlich SIA) betonen, dass die Baukulturpolitik des Bundes eine einmalige Chance darstelle, mit Kultur die Energie-, Umwelt- und Raumpolitik nachhaltig zu beeinflussen und eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung zu fördern.

VMS vermisst den Bezug zur Bedeutung der in den hiesigen Museen bewahrten Sammlungen. Allein die fachgerechte Aufbewahrung sowie die Gewährleistung der digitalen und physischen Zugänglichkeit der über 77 Mio. Sammlungsobjekte in den Ausstellungs- und Depoträumlichkeiten schweizweit stelle eine gewaltige Herausforderung für eine nachhaltig ausgerichtete Museumspraxis dar. Damit diese Güter langfristig erhalten und geschützt bleiben, brauche es dringend auch einen thematischen Brückenschlag zum Kulturgüterschutz, der nicht zuletzt auch in der nationalen Strategie zum Kulturerbe seinen Niederschlag finden müsse.

Kulturerbe als lebendiges Gedächtnis

Die Kantone begrüßen den Willen zu einer besseren Zusammenarbeit und Koordination zwischen den an der Erhaltung des kulturellen Erbes beteiligten Akteuren und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie, welche die institutionellen Barrieren überwindet. Die vorgeschlagene Segmentierung des Kulturerbes (materielles und immaterielles Erbe vs. digitales Erbe) wird als problematisch betrachtet. Der SSV teilt die Analyse, wonach der Bedarf nach gemeinsamen Standards, kooperativem Sammeln und organisationsübergreifenden Infrastrukturen für die digitale Langzeitarchivierung gross ist. Der SGV unterstützt die Überlegung, bei den Infrastrukturen bzw. Systeme zur digitalen Sicherung und Archivierung von Kulturgütern nach Synergien zu suchen, damit nicht jede Kultureinrichtung oder Verwaltung eigene Lösungen entwickeln muss. Zahlreiche Organisationen teilen die Ansicht, dass die grossen Herausforderungen im Bereich des Kulturerbes zunehmend nur noch kooperativ zu meistern sind.

Gouvernanz im Kulturbereich

Die Rückmeldungen zu diesem Handlungsfeld sind in Kapitel 4.3 wiedergegeben.

Fehlende Themen

Die Teilnehmenden haben punktuell auf aus ihrer Sicht fehlende Themen hingewiesen. Dies gilt etwa für das Thema der künstlichen Intelligenz, welche nach Ansicht verschiedener Teilnehmender eine massgebliche Herausforderung in Bezug auf die digitale Transformation der Kultur darstellt (vgl. vorstehend). Einige weitere nach Ansicht der Teilnehmenden fehlende Themen werden in Kapitel 4.6 behandelt.

4.2 Kerntema 2: Schwerpunkte des Bundes

Inhalt des Kerntemas: Der Botschaftsentwurf legt zu jedem der sechs Handlungsfelder die Schwerpunkte der Massnahmen des Bundes in der Förderperiode 2025–2028 fest. Den Vernehmlassungsadressaten wurde folgende Frage gestellt: Stimmen Sie den vorgesehenen Schwerpunkten des Bundes zu den einzelnen Handlungsfeldern im Grundsatz zu?

	Grundsätzliche Zustimmung	Grosse Vorbehalte	Ablehnung
Kantone	EDK, AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NW, SG, SH, TG, TI, UR, VD, VS, ZH		
Politische Parteien	FDP, GPS, Mitte,		SVP
Wirtschaftsverbände	SGB		sgv
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	SGV		
Organisationen	AdS, Alesi, AP, ARF, AROPA, AS, BibMed, BibS, ch, CinéE, CinéF,		

	CinéM, Cinésuisse, Cultura, DAH, DS, EFiK, EJV, EKD, FH, GARP, GSFA, GSK, HR, IGF, IGFM, Interbiblio, LR, LS, M, MDS, Memoriav, NIKE, NSP, PC, SAM, SAP, SAPA, SBV, SBVV, SCS,SFAk, SFV, SIA, SIG, SIKJM, SINC, SIR, SlSrG, SJW, SKJF, SKKB, SKR, SKuV, SKV, SL-FP, SMPV, SMR, SMV, Sonart, SPS, SSA, SSP, SSV, Suisseculture, SzCH, t., TFC, UNESCO, VFDM, visarte, VmR, VMS, VMS-ICOM, VSSM		
--	--	--	--

Die vorgeschlagenen Schwerpunkte der Massnahmen des Bundes zu den einzelnen Handlungsfeldern fanden im Grundsatz breite Zustimmung. Einzig SVP und sgv lehnen die Schwerpunkte ab.

Positiv hervorgehoben wird bei der Schwerpunktsetzung insbesondere die Förderung der Mehrsprachigkeit und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Mitte). Gemäss sgv müsste es ein Schwerpunkt des Bundes sein, Kultur und Kulturschaffende unternehmerischer zu machen.

4.3 Kernthema 3: Verstärkte Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

Inhalt des Kernthemas: Der Botschaftsentwurf führt aus, dass die identifizierten Herausforderungen und die daraus abgeleiteten Handlungsfelder grundsätzlich alle Staatsebenen, Kulturakteure und Kulturbereiche betreffen. Je besser die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Partnern und der Dialog mit den Kulturverbänden und dem Privatsektor gelingt, desto effektiver können nach Ansicht des Bundesrates die Herausforderungen für die Kultur in der Schweiz adressiert, Lösungen entwickelt und die Ziele der Kulturpolitik in der Schweiz erreicht werden. Den Vernehmlassungsadressaten wurde folgende Frage gestellt: Begrüssen Sie eine verstärkte Zusammenarbeit in der Kulturpolitik zwischen dem Bund und seinen Partnern (Kantonen, Städte, Gemeinden, Kulturverbänden sowie private Kulturförderinstitutionen)?

	Grundsätzliche Zustimmung	Grosse Vorbehalte	Ablehnung
Kantone	EDK, AG, AI, AR, BE, BS, GE, GL, GR, JU, LU, NW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, ZH		
Politische Parteien	GPS, Mitte		
Wirtschaftsverbände			sgv
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	SGV, SSV		
Organisationen	AdS, Alesi, AP, ARF, AROPA, AS, BibMed, BibS, ch, CinéF, Cinésuisse, DAH, EJV, EKD, EOv, FH, GARP, GSFA, GSK, HR, Interbiblio, KVS, LS, NIKE, NSP, SBV, SBVV, SCS, SDA, SFound, SGDA, SIA, SIG, SIR, SlSrG, SJW, SKJF, SKKB, SKR, SKuV, SL-FP, SMPA, SMPV, SMR, SMV, Sonart, SSA, STPV, Suisseculture, SzCH, t.,		

	TFC, UNESCO, VFDM, visarte, VmR, VMS/CH-ICOM, VSSM		
--	---	--	--

Die Kantone, Städte und Gemeinden befürworten eine Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Bund. Sie lehnen einen allfälligen Steuerungsanspruch des Bundes im Kulturbereich jedoch dezidiert ab. In Bezug auf den Nationalen Kulturdialog betonen die Kantone und Städte die Notwendigkeit einer engen Abstimmung der staatlichen Partner zum weiteren Vorgehen. Eine breite Allianz von Organisationen unterstreicht die Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation und Koordination in der Schweizer Kulturpolitik und begrüsst die dazu in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Schritte.

Was den Nationalen Kulturdialog betrifft, sei es eine gemeinsame Aufgabe der staatlichen Partner, eine allfällige Evaluation und Weiterentwicklung des Nationalen Kulturdialogs zu beschliessen. Die Städte (SSV) verlangen, die skizzierten Anpassungsvorschläge zum Nationalen Kulturdialog aus der Botschaft zu streichen und die Ausgestaltung der Entwicklung im gemeinsamen Dialog der staatlichen Partner festzulegen. Der Vorschlag einer gemeinsamen Geschäftsstelle für den nationalen Kulturdialog kann die EDK grundsätzlich unterstützen, es müsse aber sichergestellt werden, dass diese durch alle Ebenen besetzt sei.

Die EDK sowie mehrere Kantone kritisieren den Begriff der «Gouvernanz» in Zusammenhang mit der Kulturpolitik. Sie sehen in diesem Begriff eine Steuerungsambition des Bundes, die im Widerspruch zu den geltenden Verfassungsgrundlagen stehe. Auch die Städte (SSV) sehen einen allfälligen Steuerungsanspruch des Bundes kritisch. Die Kulturbotschaft könne bestenfalls eine orientierende Rolle spielen. In diesem Sinne sei auch von partnerschaftlicher Zusammenarbeit statt von Gouvernanz zu sprechen und die Prinzipien des gemeinsamen Handelns und der Abstimmung seien in der Kulturbotschaft entsprechend festzuhalten.

Die Mitte betont die Wichtigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem Bund und seinen Partnern und weist angesichts der föderalistisch organisierten Kulturpolitik auf die Wichtigkeit der Koordination und Kontinuität zwischen den verschiedenen Staatsebenen hin.

Eine breite Allianz von Organisationen unterstreicht die Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation und Koordination in der Schweizer Kulturpolitik und begrüsst die dazu in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Schritte (namentlich AdS, BibS, ch, Cinésuisse, KVS, NIKE, SBV, SBVV, SCS, SKJF, SKR, SMR, Sonart, SSA, Suisseculture, t., TFC, visarte, VMS). Cultura vermisst (im Bereich digitale Transformation) konkrete Vorschläge einer verstärkten Zusammenarbeit. Verschiedene Teilnehmende (AdS, AP, AS, NIKE, SKR, SMR, SMV, Sonart; ähnlich SSA) regen zur Vertiefung der Koordination und Steigerung der Wirksamkeit ein nachhaltiges und mit dem Nationalen Kulturdialog vergleichbares Austauschgefäss zwischen den staatlichen und privaten Kulturakteuren an. Alternativ seien die Kulturverbände in den Nationalen Kulturdialog aufzunehmen (auch: EJV, EOv, SzCH). Die ASO kritisiert, dass die Auslandschweizerinnen und -schweizer zu wenig in die Ausgestaltung der Kulturpolitik einbezogen und als Netzwerk genutzt werden, sodass das sehr reiche kulturelle Erbe der Schweiz im Ausland zu wenig wahrgenommen werde.

In Bezug auf die Kulturaussenpolitik plädieren die EDK, die Städte (SSV), die GPS sowie zahlreiche Organisationen (namentlich AdS, ARF, AROPA, CinéF, Cinésuisse, EFiK, EOv, GARP, GSFA, HR, IGF, MDS, PC, SBV, SCS, SFP, SFV, SIG, SKJF, Sonart, SSA, SSV, Suisseculture, SzCH, t., TFC, visarte, ähnlich ZFS) für die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Anbindung an das Ausland, damit die Schweiz beispielsweise an den Programmen «Creative Europe», Erasmus+ und Horizon und damit an der internationalen Kulturzusammenarbeit teilnehmen könne. Der Ausschluss aus den EU-Programmen schwäche die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Kulturakteure. Auch der Kanton BL bedauert als Grenzkanton die Nachteile der Standortpositionierung aufgrund des übergeordnet ungeklärten Verhältnisses zu Europa explizit.

Der SCV würde es begrüssen, wenn die unterstützten Vereinigungen im Bereich der Laienkultur jährlich einen gemeinsamen Austausch mit dem BAK durchführen würden. Damit könnten die verschiedenen Herausforderungen, mit welchen die Kultur konfrontiert ist, besser bewältigt und zudem die Gemeinsamkeiten gefördert werden.

Economiesuisse begrüsst die Erneuerung des Aktionsplans Baukultur durch den Bund und erwartet dabei den Einbezug der relevanten und repräsentativen Akteure aus der Privatwirtschaft.

Gemäss sgv ist die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kulturverbänden und privaten Institutionen ein Kartell. Dieses Kartell müsse zerschlagen werden, indem die Zusammenarbeit abgebaut werde. Verbände müssten vom Staat unabhängig sein und dürften entsprechend auch keine Subventionen oder Privilegierungen erhalten.

4.4 Kernthema 4: Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes

Inhalt des Kernthemas: Eine Baukultur von hoher Qualität verbindet den Schutz und die Pflege des natürlichen und kulturellen Erbes mit einer qualitätsvollen Weiterentwicklung des Siedlungsraums. Das Anliegen einer Baukultur von hoher Qualität soll gemäss Botschaftsentwurf gesetzlich verankert werden. Den Vernehmlassungsadressaten wurde folgende Frage gestellt: Sind Sie mit der vorgeschlagenen Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes einverstanden?

	Grundsätzliche Zustimmung	Grosse Vorbehalte	Ablehnung
Kantone	EDK, AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SO, TG, TI, UR, VD, VS, ZH		
Politische Parteien	GPS, SP	FDP, Mitte	
Wirtschaftsverbände			economiesuisse, sgv
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	SSV		SAB, SGV
Organisationen	AdS, AP, ARF, AS, ASO, BSA, DHA, EKD, ENHK, EOV, GSK, HR, NIKE, NSP, SAM, SDA, SHS, SIA, SIG, SIR, SKR, SkuV, SL-FP, SMPV, SMR, STPV, Suisseculture, t., TFC, VINTES, VmR		SBMV

Die vorgeschlagene Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes stiess in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung bei den Kantonen und den eingeladenen Organisationen. Skeptisch (aber nicht ablehnend) äusserten sich die Mitte und die FDP. Gewisse Teilnehmende (economiesuisse, SAB, SGV und sgv) lehnen die Revision ab.

Die Befürworter der Revision heben etwa hervor, dass die Verankerung der Baukultur im NHG eine Kontinuität der bisherigen Arbeit sicherstelle (namentlich SHS). Gemäss GPS ist es wesentlich, dass die Auswirkungen auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen sowie die wirtschaftliche Nachhaltigkeit als Schlüsselfaktoren für die Qualität im Bereich Baukultur erkannt wurden. Mehrere Organisationen (namentlich ARF, SIG, Suisseculture, visarte) machten im Zusammenhang mit der Baukultur geltend, dass kreative, ästhetische oder künstlerische Aspekte ignoriert würden und erwarten, dass die Aspekte «Kunst und Bau» und «Kunst im öffentlichen Raum» als Teil der Baukultur thematisiert werden.

Die Städte (SSV) bemerken, dass sie eine nachhaltige, qualitätsvolle Innenentwicklung befürworten und so für die Gestaltung eines attraktiven Lebensraums für ihre Anwohnenden sorgen. Entsprechend seien die Städte in Artikel 17b Absatz 3 E-NHG explizit zu erwähnen.

Der Kanton TI schlägt vor, den Rechtsrahmen weiter zu vervollständigen, indem auch im Raumplanungsgesetz die Baukultur verankert wird.

Die Mitte und FDP äussern sich skeptisch zur Revision: Die Mitte ist der Ansicht, dass mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung viel Aufwand und ein hoher Verbrauch von finanziellen Mitteln entstehen könnten, wenn der Bund als Bauherr, Betreiber, Regulator und eventuell Geldgeber Einfluss

auf die baukulturelle Qualität nimmt. Gemäss FDP ist der Natur- und Heimatschutz Aufgabe der Kantone. Des Weiteren stellt die FDP die Frage, wie der Bund die «hohe Qualität in Planung, Gestaltung und Ausführung» (Art. 17b E-NHG) definieren werde.

Einzelne Vernehmlassungsteilnehmende lehnen die Revision ab: Der Ständerat habe während seinen Beratungen der Motion 22.3892 «Förderung der Baukultur von hoher Qualität» klar festgehalten, dass er keine gesetzlichen Bestimmungen zur Förderung der Baukultur im Rahmen der nächsten Kulturbotschaft 2025–2028 wünscht (economiesuisse, SGV, ähnlich SAB). Gemäss economiesuisse sei der Geltungsbereich von Artikel 17b E-NHG eventualiter auf Bauten oder Anlagen im Eigentum des Bundes zu beschränken. Der sgV erachtet es als widersinnig, die «hohe Baukultur» in einem Gesetz festzulegen. Baukultur entstehe mit jeder neuen Baute.

4.5 Kernthema 5: Revision des Nationalbibliotheksgesetzes

Inhalt des Kernthemas: Die Nationalbibliothek muss ihren Sammel- und Vermittlungsauftrag auch im digitalen Zeitalter erfüllen können. Hierzu soll gemäss Botschaftsentwurf eine Pflichtexemplarregelung für digitale Helvetica geschaffen werden. Den Vernehmlassungsadressaten wurde folgende Frage gestellt: Sind Sie mit der vorgeschlagenen Revision des Nationalbibliotheksgesetzes einverstanden?

	Grundsätzliche Zustimmung	Grosse Vorbehalte	Ablehnung
Kantone	EDK, AG, AI, AR, BL, BS, GE, GL, GR, JU, LU, NW, SG, SH, SO, TG, UR, VD, ZH		
Politische Parteien	FDP, GPS, Mitte		
Wirtschaftsverbände			
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete			
Organisationen	ASO, BibMed, BibS, ch, Memoriav, SDA, SIR, SKKB, SKuV, SMPV, STPV	t.	AdS, Alesi, ARF, EOV, LS, SBVV, SIG, SMR, SMV, Sonart, SSA, Suisseculture

Die vorgeschlagene Revision stiess in der Vernehmlassung auf eine geteilte Einschätzung: Die Kantone, die Städte, verschiedene politische Parteien (FDP, GPS, Mitte) und zahlreiche Organisationen aus dem Bereich des Kulturerbes begrüssen die Revision und sprechen teilweise von einem «überfälligen Schritt». Andere Kulturorganisationen sowie die Verwertungsgesellschaften lehnen die vorgeschlagene Lösung dezidiert ab.

Die EDK und die Kantone (ähnlich SKKB) begrüssen die aus ihrer Sicht überfälligen Entwicklungsschritte bezüglich digitaler Helvetica und digitaler Langzeitarchivierung und weisen darauf hin, dass die digitale Pflichtexemplarregelung in Zusammenarbeit mit den Kantonen, welche bereits eine ähnliche Praxis eingeführt haben, geschehen sollte, um Kompetenzen und Ressourcen bündeln zu können. Der Kanton ZH geht weiter davon aus, dass sich die Pflichtexemplarregelung für digitale Inhalte auch auf Games beziehe.

GPS begrüsst grundsätzlich die Revision des Nationalbibliotheksgesetzes, hat jedoch Bedenken angesichts der enormen Menge an digitalen Informationen und der raschen Entwicklung sowohl hinsichtlich Änderungen der Informationen als auch hinsichtlich Technologie. Zudem erachtet die GPS die Verpflichtung zur Bereitstellung von nicht frei zugänglichen unkörperlichen Informationen als schwierig in der Umsetzung. Jede Person oder Institution, die solche Informationen produziert, müsste über diese Verpflichtung informiert werden und es müsste überprüft werden, ob die betreffenden

Personen und Institutionen ihrer Verpflichtung nachkommen. Dies würde erhebliche Zusatzmittel erfordern und die Vollständigkeit könnte dennoch nicht garantiert werden.

Auch eine Mehrheit der sich dazu äussernden Organisationen aus dem Bereich des Kulturerbes (unter anderem BibS, Memoriav) befürwortet die vorgeschlagene Revision des Nationalbibliotheksgesetzes. Memoriav weist darauf hin, dass der Umfang des Dépôts klar definiert werden müsse.

Die vorgeschlagene Revision stiess bei den Organisationen in der Vernehmlassung auf eine geteilte Einschätzung: Einige Organisationen aus dem Bereich des Kulturerbes begrüssen die Revision und sprechen teilweise von einem «überfälligen Schritt». Andere Kulturorganisationen (AdS, Alesi, LS, SBVV, SIG, SMR, SMV, Sonart, SSA, Suisseculture, t. usw.) sowie swisscopyright (Zusammenschluss der anerkannten Verwertungsgesellschaften) lehnen die vorgeschlagene, entschädigungsfreie Lösung dezidiert ab und sprechen von einer inakzeptablen Enteignung der Rechteinhaber. Die Opponenten fordern den Bund auf, mit den Rechteinhabern faire Lösungen auszuhandeln und – soweit dies nicht möglich sein sollte – mit den Verwertungsgesellschaften sogenannte erweiterte Kollektivlizenzen² (EKL) gemäss Artikel 43a Urheberrechtsgesetz (URG; SR 231.1) abzuschliessen. BibMed schlägt vor, diese Frage im Rahmen der Erarbeitung der nationalen Strategie für das Kulturerbe unter Einbezug der beteiligten Parteien zu regeln.

4.6 Auswahl weiterer Themen

Nachfolgend findet sich eine Auswahl der aus Sicht des EDI weiteren Themen aus den Stellungnahmen der eingeladenen Vernehmlassungsadressaten. Bei der Auswahl wurde der Fokus auf kontroverse abgehandelte Massnahmen gelegt. Die Mehrheit der nachfolgend erwähnten Themen respektive Massnahmen werden im Grundsatz begrüsst, aber in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung oder Umsetzung kritisiert. Um die Kritik nachvollziehbar zu machen, ist sie nachfolgend teilweise relativ ausführlich dargestellt.

a. Finanzmittel

Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden (unter anderem EDK, praktisch alle Kantone, Städteverband, Gemeindeverband, Gewerkschaftsbund, GPS, SP sowie praktisch alle eingeladenen Organisationen) fordert eine markante Erhöhung der Finanzmittel für die Kultur im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage (pro memoria: nominales Wachstum im Durchschnitt 1,2 % respektive real 0,2 % pro Jahr).

Die Kantone und die Städte kritisieren insbesondere ein Ungleichgewicht zwischen dem Ambitionsniveau des Bundes einerseits und der finanziellen Ausstattung andererseits. Ohne Zusatzmittel muss nach Ansicht der Kantone und der Städte eine Priorisierung der Bundesmassnahmen erfolgen. Die Forderung nach Mehrmitteln lässt sich in zwei Fallgruppen aufteilen:

Die spartenübergreifenden Kulturdachverbände und viele weitere Teilnehmende (z. B. AdS, Alesi, ARF, ch, DS, EFik, HR, IMsp, LR, LS, PC, Petzi, SBV, SBVV, SCS, SFV, SGDA, SIG, SIKJM, SINC, SKV, SMPA, SMV, Sonart, sps, SSA, SSV, Suisseculture, SzCH, t., TFC, VINTES, visarte, VMS, VMS/CH-ICOM, VSSM) erachten die Teuerungsprognose als zu tief bzw. verlangen eine Teuerungskorrektur sowie ein nominales Wachstum von mindestens 2,5 % (statt 1,2 %). Im Weiteren halten die Kulturverbände und zahlreiche weitere Teilnehmende (z. B. AdS, AROPA, BibMed, BibS, CinéF, CinéM, Cinésuisse, Cultura, DS, EFik, EJV, GARP, GSFA, HR, IGF, Interbiblio, LFS, OLSI, PC, SCS, SF, SFV, SINC, SKJF, SKV, SMPV, SMR, SMV, SPS, sps, SRG SSR, SSA, SSV, STPV, Suisseculture, TFC, visarte, VMS, VMS/CH-ICOM, VSSM) fest, dass alle neuen Massnahmen zu ihrer Umsetzung auf

² Durch die vom Schweizer Urheberrechtsgesetz vorgesehenen «Erweiterten Kollektivlizenzen» kann eine Verwertungsgesellschaft einem Kollektivlizenznehmer die Nutzung einer grösseren Anzahl von Werken erlaubt werden, auch wenn die Verwertungsgesellschaft die Rechteinhaber nicht vollständig vertritt. Dieses Instrument soll die Verwertung von Rechten fördern, welche ansonsten nur sehr schwierig möglich ist.

Zusatzmittel angewiesen sind. Die Städte verlangen ohne Vorschläge für eine konkrete Mittelzuweisung ein nominales Wachstum von 3,0 % (statt 1,2 %).

Die Kantone, die SP und praktisch alle Kulturverbände (z. B. AdS, Alesi, AP, ARF, AS, ASO, BB, BibMed, DAH, EJV, EKD, ENHK, GSK, HeK, IGFM, IGV, LFS, LS, NIKE, NSP, PC, PSR, SAM, SAP, SAPA, SBMV, SBuV, SBVV, SCS, SFAk, SFP, SFV, SGDA, SIG, SIKJM, SINC, SKR, SKV, SL-FP, SMV, SPS, SRG SSR, SSC, Suisseculture, SSV, t., visarte, VmR, vms) fordern spezifische und teilweise erhebliche Mittelerhöhungen insbesondere in den Bereichen Schweizer Schulen im Ausland, Schüleraustausch via Movetia, Baukultur und Film.

Mit dem vorgesehenen Gesamtfinanzrahmen einverstanden ist die Mitte. Die FDP fordert einen Verzicht auf die reale Erhöhung von 0,2 % und möchte nur den Teuerungsausgleich gewähren. Nach Auffassung von SVP und sgV sind die vorgeschlagenen Finanzmittel deutlich zu kürzen.

b. Soziale Sicherheit der Kulturschaffenden

Die allermeisten Teilnehmenden begrüßen eine Verbesserung der sozialen Sicherheit der Kulturschaffenden und erachten das Thema als wichtig und herausfordernd. Die Zusammenarbeit über verschiedene Bundesämter hinweg wird begrüsst, wie auch Ansätze für eine stärkere Beratung und Unterstützung von professionellen Kulturschaffenden. Zur konkreten Umsetzung und Finanzierung einer allfälligen Beratungs- und Dienstleistungsstelle weisen gewisse Teilnehmende insbesondere auf die Notwendigkeit eines Abgleichs mit existierenden Angeboten und einer Klärung der Finanzierung durch den Bund hin.

Soziale Sicherheit und Vorsorge

Die EDK und ein Grossteil der Kantone (namentlich AG, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, NW, SG, SH, SO, UR, VS, ZH), die Städte (SSV), mehrere Parteien (GPS, Mitte, SP) und Organisationen (namentlich AdS, ch, ch-i, EFiK, EOv, GARP, M, SCS, SDA, SFound, SGDA, SIKJM, SJW, SKJF, SMPA, SMPV, SMR, SMV, Sonart, SSA, Suisseculture, t., visarte) teilen das Anliegen, die Einkommenssituation professioneller Kulturschaffender zu verbessern. Gerade atypischen Beschäftigungsverhältnissen von Kulturschaffenden (ebenso wie bei vergleichbaren freiberuflichen Tätigkeiten) sei verstärkt Rechnung zu tragen, etwa bezüglich Altersvorsorge, bei Erwerbsausfällen infolge Krankheit usw. Aus Sicht der Kantone sind substantielle, nachhaltige und relevante Verbesserungen über Anpassungen beim Sozialversicherungsrecht erreichbar. Mehrere Organisationen (namentlich SCS, SIG, Suisseculture und visarte) bedauern das Fehlen eines ganzheitlichen Vorgehens zur Verbesserung der sozialen Sicherheit. Die Arbeitsformen von Kulturschaffenden seien kein Sonderfall, sondern ein Modellbeispiel für die zunehmenden «atypischen Arbeitsverhältnisse», wie sie in allen Branchen vermehrt vorkämen.

Der SGB begrüsst die Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Absicherung der Kulturschaffenden wie die punktuelle Ergänzung des Arbeitgeberkatalogs von Artikel 34d Absatz 2 AHVV, die bessere Bekanntmachung des vereinfachten Abrechnungsverfahrens gemäss Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kultursektor, die Auslotung der Gründung einer Vorsorgesammel Einrichtung für alle Kulturschaffenden sowie die Prüfung einer Absenkung der Eintrittsschwelle zur freiwilligen Unfallversicherung für Selbstständigerwerbende.

Der sgV unterstützt die Bestrebungen zur Erleichterung der Anmeldung der Kulturschaffenden als Einzel- oder Kleinunternehmen und zur Formierung einer Pensionskasse für diese Kulturunternehmen.

Beratungs- und Dienstleistungsstelle für Kulturschaffende

Die EDK sowie einige Kantone (u. a. AG, BL, BS, GE, GR, SG, SH, VS, ZH) sind erfreut über die in Aussicht gestellten Massnahmen und finden eine Beratungs- und Dienstleistungsstelle für Kulturschaffende sinnvoll. Wichtig sei, bestehende Partnerinnen konsequent einzubinden und eine langfristige Finanzierung durch den Bund, da die Kantone keine Möglichkeit zur Mitfinanzierung hätten, weil die Richtlinien für eine EDK-Finanzierungsempfehlung Betriebsmittel ausschliessen würden. Auch der SSV verlangt klare Aussagen in Bezug auf die Finanzierung der Beratungs- und Dienstleistungsstelle. SGB, SP und mehrere Organisationen (z. B. AROPA, CinéF, Cinésuisse, EOv,

GARP, GSFA, IGF, KVS, PC, SBV, SFP, SFV, SKJF, SMPV, SMR) begrüßen die Schaffung einer «Beratungs- und Dienstleistungsstelle für Kulturschaffende». Mehrere Organisationen (namentlich AdS, ARF, SCS, SKJF, Suisseculture, t., ähnlich visarte) weisen auf die bereits bestehenden Beratungsangebote hin, welche durch eine gesamtschweizerische Beratungsstelle nicht ersetzt werden sollen. Der SMV erachtet eine solche Stelle unter dem Aspekt der Dienstleistungen als prüfenswert, weniger unter dem Aspekt der Beratung; verschiedene Organisationen (u. a. ARF, SKJF, SMPV) verlangen eine sorgfältige Bedarfsabklärung unter Einbezug der Berufsverbände und ihrer Dachorganisationen. Mehrere Organisationen (namentlich ARF, EOv, Sonart, SMR, SMV, Suisseculture,) merken zudem an, dass eine solche Stelle nicht aus den bestehenden KUOR-Beiträgen finanziert werden könne, sondern mit zusätzlichen Mitteln alimentiert werden müsse.

Entschädigungen

Viele Organisationen (namentlich AROPA, CinéF, DS, Petzi, SCS, SGB, SFound, SGDA, SIG, SMPA, SMR, SMV, Sonart, Suisseculture, SzCH, t., visarte) begrüßen explizit die Berücksichtigung angemessener Entschädigungen von professionellen Kulturschaffenden bei der Beurteilung von Fördergesuchen. Die EDK sowie die Kantone teilen das Anliegen, die Einkommenssituation professioneller Kulturschaffender zu verbessern. Die Städte (SSV) begrüßen das Engagement des Bundes, der Prekarität entgegenzuwirken und die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden zu verbessern. Dabei sei allerdings die Vielfalt der Städte, deren demografische Situation und deren Ressourcen und Kulturpolitiken zu berücksichtigen und die Vorgaben des Bundes sollen sich auf die Positionen und Verpflichtungen des Bundes beziehen.

Einige Organisationen haben offene Fragen in diesem Bereich und verlangen eine Berücksichtigung der Branchensituation. Petzi und andere Organisationen machen geltend, dass beispielsweise im Musikbereich viele Personen nicht auf, sondern neben der Bühne arbeiteten und genauso wie die eigentlichen Künstlerinnen und Künstler vor grossen wirtschaftlichen Herausforderungen stünden. Gemäss SMPA (ähnlich analog HeK) führten Minimumgagen (gerade in der Popmusikveranstaltungsbranche) zu einer künstlichen Verteuerung von Veranstaltungen und zu unrealistischen Gagenforderungen, sodass die Gefahr bestünde, dass Schweizer Kunstschaffende für nicht subventionierte Veranstaltungen zu teuer würden und so weniger Schweizer Musik gespielt werde. Die SDA wünscht sich in diesem Bereich eine wettbewerbsrechtliche Klärung in Bezug auf die Möglichkeit der Verbände Empfehlungen zu Honoraren und Gagen zu erlassen. SSA empfiehlt u. a., bei Fördergesuchen zusätzlich die Einhaltung des Urheberrechts zu verlangen.

Nationale Anlaufstelle zur Bearbeitung von Fällen sexueller Gewalt, Missbrauch und Mobbing

Die SP und verschiedene Organisationen (namentlich AdS, ARF, AROPA, CinéF, Cinésuisse, EFik, GARP, GSFA, HR, IGF, PC, SCS, SFP, SFV, SGDA, SIG, SMV, Sonart, Suisseculture, t., visarte; ähnlich SzCH) regen an, eine nationale Anlaufstelle zur Bearbeitung von Fällen sexueller Gewalt, Missbrauch und Mobbing zu schaffen, wie es sie im Sport seit kurzem gibt. Mehrere Organisationen (u. a. SBV, SCS, SGDA, SIG, SMV, Suisseculture, SzCH, t., visarte) weisen darauf hin, dass zum Thema «Chancengleichheit und Diversität» auch die Vereinbarkeit von Familie und Kunstberuf gehöre. Gemäss DS sollten die im Bereich Film zum Thema Gleichstellung und Chancengleichheit vorgesehenen Massnahmen für alle Bereiche gelten. Gemäss Interbiblio ist im Zusammenhang mit der Diversität auch dem Aspekt der Migration Rechnung zu tragen.

c. Regulierung von Streaming-Plattformen im Musikbereich

Verschiedene Teilnehmende (z. B. ARF, Economiesuisse, EOv, M., Petzi, SCS, SIG, SMR, SMV, Sonart, SSA, Suisseculture, SzCH, t., visarte) äussern sich zur Regulierung von Streaming-Plattformen im Musikbereich. Es werden namentlich drei Themen genannt respektive Forderungen gestellt: Zunächst reiche es bezüglich Haftung von Streaming-Plattformen für Urheberrechtsverletzungen durch ihre Nutzenden und eine mögliche Angleichung der Schweizer Gesetzgebung an das europäische Modell nicht, die weitere Entwicklung der globalen Streaming-Plattformen in Bezug auf ihre Entschädigungsmodelle für Künstlerinnen und Künstler aufmerksam weiterzuverfolgen, sondern es müsse explizit gehandelt werden. Sodann seien die grossen globalen Streaming-Plattformen für die

Schweizer Musikschaftern kaum zugänglich, weshalb der Anteil der sichtbar angebotenen einheimischen Musik signifikant tiefer sei als in vergleichbaren europäischen Staaten. Notwendig und dringlich seien deshalb ergänzende gesetzgeberische Massnahmen, welche die Streaming-Plattformen verstärkt zu lokalem Handeln stimulieren, z. B. die gesetzliche Verpflichtung, eine Schweizer Niederlassung zu errichten und Branchenvereinbarungen mit den massgebenden Verbänden abzuschliessen, welche die Sichtbarkeit des Schweizer Musikschafterns bei der Promotion, der Kommunikation sowie beim Zugang zu den Playlists fördern und regeln. Schliesslich wird eine Reinvestitionspflicht der Streaming-Plattformen analog dem Vorgehen im Filmbereich auch im Bereich Musik gefordert, da dort die dominante Marktstellung der ausländischen Plattformen exakt gleich oder noch schlimmer sei als im Filmbereich.

Laut SMR erfordert das Thema eine enge Zusammenarbeit mit den Fachpersonen aus dem Schweizer Musikbereich; eine «Taskforce Streaming» könne ein Ansatz sein, um dieses wichtige Thema effizienter zu bearbeiten und die richtigen Massnahmen in die Wege zu leiten, beispielsweise regulatorische Massnahmen.

Laut SGDA sind auch Game-Plattformen heute weltweit marktbestimmend. Deren Auswahlmechanismen seien für viele Schweizer Gameschaftern kaum zugänglich respektive nachvollziehbar. Entsprechend sei wie im Film- und Musikbereich auch im Games-Bereich eine Diskussion nötig, welche Rahmenbedingungen globale Plattformen für die Sichtbarkeit des Schweizer Gameschafterns haben sollen.

d. Filmförderung

Förderstrukturen und Finanzierungsinstrumente

Cinésuisse (ähnlich auch AROPA, CinéF, GARP, GSFA, IGF, PC, SFAk, SFM, SFP, SFV, SINC, SKV, SSV) merkt an, dass die raschen Veränderungen durch die Digitalisierung und die Veränderungen im Filmkonsum eine Überprüfung der aktuellen Förderstrukturen im Filmbereich notwendig machen würden und begrüsst die dazu vom BAK eingeleitete externe Studie. Zudem erachten mehrere Organisationen (namentlich ARF, AROPA, CinéF, Cinésuisse, EFik, GARP, GSFA, IGF, PC, SFP, SFV, SINC, SKV, SSV, Suisseculture) das aktuelle Instrument des Zahlungsrahmens als nicht zielführend (Annuitätsprinzip als Hindernis bei mehrjährigen Projekten). Für die in der Regel mehrjährigen Filmprojekte sei stattdessen neu ein Verpflichtungskredit vorzusehen.

Die SRG SSR begrüsst die 2024 in Kraft tretende Investitionspflicht und erinnert daran, auch Werbefenster in die Pflicht zu nehmen. Weiter beantragt die SRG SSR, Serien zu berücksichtigen und entsprechend in den Filmfördergefässen aufzunehmen.

Gemäss mehreren Organisationen (namentlich ARF, GSFA, PC, SSV) bedarf es für eine beständige Visibilität des Schweizer Filmschafterns eines eigens zu errichtenden, institutionell unabhängigen Filmerbeportals.

IGF hält fest, dass die Investitionspflicht im Bereich Streaming und Werbefenster dazu führen werde, dass in der Schweiz zukünftig mehr Serien und Filme realisiert werden. Es werden mehr Personen über eine längere Produktionsdauer und in personalintensiven Serien beschäftigt werden können. Bereits heute ist ein Fachkräftemangel bei den künstlerischen und technischen Crewmitgliedern spürbar. Hier wird der Bund gemeinsam mit den Kantonen sowie der Branche die Schaffung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Filmberufen im Fokus haben müssen, um den Nachwuchs und Neu- sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zu fördern. Die Filmbranche selber ist mit dem Projekt «Filmstaff» auch aktiv und versucht durch gezielte Massnahmen Personen dafür zu gewinnen, im Filmbereich zu arbeiten.

Gemäss AROPA und CinéF sollen namentlich bei Koproduktionen mit Streaming-Plattformen, aber auch im Allgemeinen, die Wahrung der Urheberrechte sowie die Einhaltung der Entschädigungsmodelle für die Auswertung der Werke als Bedingungen hinzugefügt werden (siehe Stellungnahme der SSA).

Neue digitale Formate

Gefordert wird dabei namentlich die Schaffung eines «digitalen Kompetenzzentrums» beim Bund, welches Know-How zur Thematik Digitalität aufbaut (z. B. Cinésuisse) resp. die neuen digitalen Technologien (z. B. Motion-Capture und Computerspieltechnologie) unabhängig vom Format (Film, Theater, Tanz) fördern soll (so z. B. ARF, GARP, GSFA, IGF, SFM).

Kino

Verschiedene Organisationen (z. B. ARF, GSFA, SFV, SINC, SKV, SSV, ZFS) betonen die Wichtigkeit des Kinos als Verwertungskanal. So verlangen z. B. PC, SFV, SINC, SKV und SSV unter anderem die Aufnahme des Themas «Kino» in einem separaten Abschnitt im Kapitel «Film» sowie die Betonung der Wichtigkeit des Kinos als niederschwelliger Zugang zu kultureller Teilhabe respektive zur Diffusion in Kapitel 2 der Kulturbotschaft (vgl. dazu auch Ziff. 4.1 vorstehend). Bei den Vielfaltsprämien seien in Zukunft auch Kinos mit mehr als 25 Sälen zuzulassen, SWISS FILMS sei bei der Planung und Umsetzung der neuen Aufgabe zur Promotion des Schweizer Films im Inland zur Zusammenarbeit mit der gesamten Schweizer Filmbranche zu verpflichten (so auch ARF, SF; ähnlich ZFS) und die Leistungen der Kino- und Verleihbranche seien explizit anzuerkennen.

Verschiedene Kantone (u. a. BS, GR, SG, UR, ZH) und die Städte (SSV) verwehren sich gegen die Aussage, die Kinos seien verstärkt durch Gemeinden, Städte und Kantone zu unterstützen, und fordern ein grösseres Engagement des Bundes in der Kinoförderung (ähnlich ZFS).

e. Strategie zum Erhalt des Kulturerbes

Zahlreiche Teilnehmende (namentlich EDK, viele Kantone, FDP, CinéM, DAH, GSK, NIKE, SIG, SlsrG, SKR, Suisseculture, SzCH, t., VMS) begrünnen die Erarbeitung und Umsetzung einer übergeordneten Strategie zum Erhalt des Kulturerbes.

Betreffend immaterielles Kulturerbe begrünnen einige Organisationen wie DAH, GSK, NIKE, NSP, SKR und VmR die finanzielle Förderung von Strukturen sowie die angestrebte bessere Vernetzung der Akteure und Trägerschaften ausdrücklich und erachten diese als Grundlage zu einer nachhaltigen Erhaltung und Weiterentwicklung desselben; sie fordern, dass weitere Traditionen der Schweiz in die UNESCO-Listen des immateriellen Kulturerbes aufgenommen werden. Die EDK macht geltend, dass die grossen Herausforderungen im Bereich des immateriellen Kulturerbes nicht ausreichend adressiert seien. Sie fordert eine verstärkte Förderung «offener Formen der Traditionspflege» und im Bereich des Handwerks auch die Vermittlung und Weitergabe von Fertigkeiten. Mehreren Teilnehmenden (namentlich FDP, VMS) fehlt der Einbezug des industriellen Kulturerbes.

Verschiedene Organisationen (namentlich BibS, Cultura, SAPA, SIG und SSP) bedauern, dass die «Nationale Strategie zum Kulturerbe der Schweiz» noch nicht vorliegt und allfällige Erkenntnisse deshalb nicht in der Kulturbotschaft berücksichtigt werden können.

Verschiedene Teilnehmende (namentlich FDP, Memoriav, SSP, Suisseculture, SzCH, t., VMS; ähnlich SVMS) fordern einen Einbezug ihrer Organisation oder generell von privaten Organisationen und Partnern der Kulturerbeinstitutionen insbesondere bei der Ausgestaltung der Strategie.

f. Unterstützung von Netzwerken Dritter

Zahlreiche Teilnehmende (namentlich EDK, die meisten Kantone, die Städte (SSV), einige Parteien [namentlich FDP, SP; ähnlich GPS] sowie Organisationen [z. B. Alps, BibS, Cultura, DAH, GSK, Memoriav, NIKE, SAB, SAPA, SBV, SKR, SKuV, SRG SSR, TFC, VHS, VMS; ähnlich SSA, SSC, SSP, SVMS, VmR, VMS/CH-ICOM]) sind der Auffassung, dass die Anzahl der Beitragsempfänger ohne Zusatzmittel nicht erweitert werden soll. Sie lehnen zudem meist auch die Ausschreibung der Beiträge an Netzwerke ab und fordern eine Weiterführung des bisherigen Mechanismus ohne Ausschreibungsverfahren. Verschiedene Organisationen (namentlich BibS, SSMP, VMS) fordern eine Evaluation des aktuellen Systems, bevor eine Änderung diskutiert wird.

Der Kanton BE erwartet explizit die Weiterführung der Unterstützung des Alpinen Museums Schweiz im bisherigen Rahmen (auch: SAB), der Kanton ZH keine Abstriche beim Beitrag an die Fotostiftung Schweiz in Winterthur, der Kanton FR die Fortführung der Unterstützung des Vitrocentres in Romont. Der Kanton SG findet es gerechtfertigt, wenn die Stiftsbibliothek St. Gallen wieder höhere Bundesbeiträge analog zur Förderperiode 2017–2020 erhält, und ist der Ansicht, dass das Textilmuseum St. Gallen in der nächsten Förderperiode bzw. spätestens nach seiner Erneuerung ebenfalls Betriebsbeiträge des Bundes erhalten müsse. Der Kanton LU weist auf die Bedeutung des Verkehrshauses für den Kanton, die Zentralschweiz und insgesamt für die Schweiz hin und bekräftigt, dass eine stabile Bundesfinanzierung für dieses national bedeutende Museum eine wichtige Existenzgrundlage sei. Die Kantone SG und TG unterstützen den Vorschlag eines Erinnerungsorts für Opfer des Nationalsozialismus und die Förderung von zwei neuen Netzwerken zur Geschichte der Frauen. Letztere werden auch von IGFM und Gosteli befürwortet. Der Kanton VD schlägt vor, die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) als Netzwerk für das Naturerbe sowie den Verein Kunsthandwerk Schweiz für das traditionelle Handwerk ebenfalls in die Liste der Netzwerke Dritter aufzunehmen. VHS verlangt die Schaffung eines Investitionsfonds für Sanierungs- und Erweiterungsprojekte.

Mehrere Teilnehmende (namentlich SP, SPS, SSP) unterstützen den Antrag der Fotostiftung Schweiz, diese (sowie Memoriav und die Stiftung SAPA) in der Kulturbotschaft 2025–2028 aus der Kategorie «Netzwerke Dritter» auszugliedern und ausserhalb dieser Kategorie zu finanzieren.

g. Provenienzforschung

Die EDK, einige Kantone (AG, BL, BS, GE, GR, SG, SH, VD, ZH), die Städte (SSV), die SP und mehrere Organisationen (SAP, SlsrG, Suisseculture, t., VMS; ähnlich KMB-ZPK, visarte) begrünnen die Schaffung einer zentralen Plattform für die Provenienzforschung als wichtige und richtige Massnahme. Die Plattform müsse allerdings vom Bund selber betrieben werden, denkbar sei eine Ansiedlung am Nationalmuseum. VMS beantragt, dass für die eng miteinander verflochtenen Motionen 22.3023 WBK-N und 21.4403 Pult ein gemeinsamer Finanzierungsantrag ausserhalb der Kulturbotschaft an das Parlament gestellt wird.

VMS begrüsst, dass die Unterstützung der Provenienzforschung zusätzliches Gewicht erhalten soll, beantragt aber, die Schaffung verlässlicher Grundlagen und Strukturen zu priorisieren, statt die Vielfalt der Förderkriterien für Projektbeiträge weiter auszubauen.

h. Sprachen und Verständigung

Italienische und rätoromanische Sprache und Kultur

Die Kantone GR und TI (auch: Alesi, ch-i, CoS, FH, FPI, IMsp, K-SDA, LR, OLSI, PGI, PSR, sps, SRG SSR, VD) begrünnen die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Art. 22a E-SpG) zur Förderung der rätoromanischen und italienischsprachigen Diaspora nachdrücklich. Als absolut zentral erachten es die beiden Kantone, im Rahmen der Förderung der Diaspora auch *innerhalb* der Kantone Massnahmen zugunsten des Rätoromanischen und des Italienischen zu ermöglichen (ebenfalls bspw. FPI, OLSI); die LR (ebenfalls PSR) moniert, dass die rätoromanische Diaspora im deutschsprachigen Teil des Kantons Graubünden nicht berücksichtigt sei und schlägt eine Neuformulierung vor.

Die EDK und einige Kantone (AG, BE, BL, BS, GE, SH) schätzen die Stärkung der Präsenz der italienischen Sprache und Kultur in der obligatorischen Schule als schwierig ein. Der Vorschlag zur Schaffung von digitalen Bildungsangeboten zum Erwerb des Rätoromanischen wird als kritisch beurteilt (EDK; AG, BL, BS, GE, SH). Die Kantone empfehlen, das Interesse an einem entsprechenden Angebot vertieft abzuklären.

Auch die FDP unterstützt die Erweiterung der Förderung des Italienischen und Rätoromanischen. Diese dürfe den Status der Amtssprachen in den anderen Kantonen aber nicht beeinträchtigen.

Verschiedene Kulturorganisationen (z. B. AdS, SMV, Suisseculture, t.) begrüßen die verstärkte Förderung und den Austausch zugunsten der Minderheitensprachen ebenfalls. Die Unterstützung der Minderheitensprachen dürfe aber nicht auf den Bildungsbereich beschränkt bleiben, sondern müsse auch auf die Entwicklung, Schaffung und Verbreitung von Produktionen der verschiedenen künstlerischen Disziplinen ausgedehnt werden (ähnlich GSFA, SSV betreffend Unterstützung für Drehbücher, Übersetzungen, Dossiers, Untertitel, Festival, Promotion und Auswertung).

Schulischer Austausch

Die EDK sowie die meisten Kantone begrüßen den Ausbau der Förderung des schulischen Austauschs. Dies entspreche der gemeinsamen Strategie von Bund und Kantonen, die von den Kantonen vorangetrieben und durch die steigenden Teilnehmendenzahlen bei Austauschaktivitäten bestätigt werden. Die vorgesehenen Fördermittel würden dem effektiven Bedarf allerdings nicht genügen. Einzelne Volksschulämterkonferenzen sind gegenüber der Schaffung eines Programms für den schulischen Einzelaustausch allerdings skeptisch. Sie empfehlen stattdessen die Förderung von Schulpartnerschaften. Der Kanton LU begrüsst die Entwicklung von Einzelaustauschprogrammen explizit. Der Kanton GR (auch: LR) wünscht sich eine systematischere Einbindung des Rätoromanischen (etwa in der Kommunikation seitens Movetia) sowie eine Berücksichtigung der spezifischen kantonalen/regionalen Sprachsituationen (im Kanton Graubünden spezielle Anreizprogramme für Italienisch/Rätoromanisch).

AdS, FH, und SBVV begrüßen sehr, dass der Bund den Aufbau eines Programms zur Förderung des Austauschs einzelner Schülerinnen und Schüler zwischen den Sprachregionen unterstützen möchte. Laut FH sollte vermehrt darauf geachtet werden, eine möglichst ausgewogene Verteilung der Austauschaktivitäten über alle Sprachregionen anzustreben. FPI schlägt vor, zur Stärkung der Förderung von Austausch in allen Kantonen entsprechende Agenturen zu gründen.

Dialekte

Das IMsp weist darauf hin, dass der Kulturbegriff zuerst breit gefasst wird und u. a. den Bereich der Sprachen gemäss Sprachengesetz berücksichtigt. Insbesondere in Kapitel 2 bei der Beschreibung der Handlungsfelder sei der Kulturbegriff enger gefasst und der Sprachenbereich könne allenfalls implizit mitgemeint gelesen werden. Die sprachliche Verständigung sei explizit in den prioritären Handlungsfeldern zu nennen.

Der Kanton JU wünscht, dass in der Periode 2025–2028 ein Schwerpunkt auf die Förderung von Sensibilisierungs- und Unterrichtsaktionen für frankoprovenzalische und jurassische Patois gelegt wird. Dieses Förderziel ergebe sich aus der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen sowie aus der Verfassung des Kantons JU.

Leseförderung

Im Bereich Leseförderung begrüßen die EDK und einige Kantone das Engagement des Bundes und schätzen dieses als sinnvolle Ergänzung der Massnahmen auf kantonaler Ebene. Die Hauptverantwortung hierfür müsse jedoch bei den Kantonen bleiben. Dasselbe gelte auch für die Programme der Frühförderung.

i. Schweizerschulen im Ausland

Die EDK sowie weitere Vernehmlassungsteilnehmende (AG, BE, LU, TG, UR, ASO) weisen auf den dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf das Personalstatut der Schweizer Lehrkräfte für die Schweizerschulen hin. Auch wenn die Frage nicht über die Fachagentur Movetia gelöst werden könne, müsse gehandelt werden.

edu (ähnlich ASO) vermisst Ausführungen zu strategischen Linien in der Entwicklung des Auslandschulwesens, namentlich zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Auslandsschulen der Schweizer Nachbarländer sowie zur mittelfristigen Klärung des Verhältnisses zu kommerziellen (nicht

gemeinnützigen) Schulen mit Schweiz-Bezug im Ausland. Das Vorhaben einer öffentlich-rechtlichen Entsendung der Schweizer Lehrkräfte an die anerkannten Schweizerschulen im Ausland sei nach wie vor dringlich und müsse weiterverfolgt werden.

j. Jenische, Sinti und nomadische Lebensweise

Die Kantone BE und BS, mehrere Parteien (GPS, SP), die ZSF sowie die RADG sprechen sich gegen die geplante Reduktion der Unterstützungsbeiträge für die Schaffung neuer Halteplätze aus. Gerade weil Bauprojekte häufig auf Skepsis stossen und nur schleppend vorankommen, brauche es solide finanzielle Anreize für Kantone und Gemeinden, und die Finanzierungsmodalitäten seien so auszugestalten, dass sie trotz Projektverzögerungen, z. B. durch Einsprachen, wirksam seien. Die Stiftung schlägt deshalb eine Flexibilisierung der Finanzierungszeiträume vor – die Mittel sollen über eine längere Zeitdauer für den Minderheitenschutz zur Verfügung stehen. Ähnlich argumentieren die Kantone AG und GR sowie der SGV. Der SGV (auch: VD) hebt weiter die Bedeutung der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende hervor, auch wenn deren Finanzierung nicht zur Diskussion stünde. Die RADG kritisiert, dass der legale Spontanhalt – also die Möglichkeit, auf Grund von Privatvereinbarungen mit Grundstückseigentümern befristet zu halten – nicht erwähnt sei und auch ein möglicher Förderbereich wäre.

k. Statistiken und Monitoring

Die EDK und einige Kantone begrüssen den Vorschlag zur Schaffung eines Monitorings der nationalen Kulturpolitik. Bei der Konzeption müssten die bereits bestehenden regionalen Observatorien («Observatoire romand de la culture» und «Osservatorio culturale della Svizzera italiana») sinnvoll integriert und die spezifischen Ausgangslagen der Datenlieferanten (meistens die Kantone) berücksichtigt werden. Einzelne Kantone monieren die fehlende Analyse der bisherigen Bemühungen (BL und BS), dass der Mehraufwand für die Erhebung von Daten und Gemeinden zu berücksichtigen sei (GL) oder dass die Datenbasis teilweise fehle (AI). Die Städte (SSV) begrüssen grundsätzlich die Idee einer statistisch fundierten Steuerung der Kulturpolitik, verlangen aber eine Klärung von Fragestellungen und Zielen sowie ein Einbezug aller Involvierter im Prozess. Dies nicht zuletzt auch, da die Städte und Gemeinden im Bereich des Open Government Data federführend seien. Zugleich sei der Finanzierungsbedarf eines solchen Monitorings transparent zu machen.

Verschiedene Organisationen (so AdS, AROPA, BibS, CinéF, Cinésuisse, DS, EJv, EOv, IGV, NIKE, PC, SBV, SCS, SFV, SGDA, SIKJM, SKJF, SMR, SMV, Suisseculture, SzCH, t., TFC, visarte, VMS) begrüssen die vorgesehenen Massnahmen zur Erhebung von belastbaren Datengrundlagen im Kultursektor respektive die Einführung eines Monitorings zur Kultur in der Schweiz. Für die Umsetzung einer Kulturstatistik, die zu aussagekräftigen Antworten kommt, brauche es notwendigerweise zusätzliche Mittel. Teilweise wird explizit die Erhebung von Daten in bestimmten Bereichen, z. B. zur Audiovision (ARF, SFP), verlangt. Verschiedene Organisationen (namentlich ARF, SGDA, SMV, Sonart, SzCH) verlangen eine Überprüfung der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), um insbesondere Selbständige und Teilselbständige sichtbarer zu machen.

l. Kulturberichterstattung

Die EDK und einige Kantone (AG, BL, BS, GE, GR, SZ, ZH) kritisieren, dass in der aktuellen Kulturbotschaft das Thema Kulturberichterstattung fast gänzlich fehle (ähnlich SSV, SGB, SKuV, Suisseculture, t.). Sowohl für die Verbreitung und Vermittlung als auch für die Qualitätssicherung und insbesondere für die Weiterentwicklung des künstlerischen Schaffens sei die Kulturberichterstattung von grundlegender Bedeutung. Weil die entsprechenden Initiativen und Organisationen meist überregional und gesamtschweizerisch tätig sind, sei ein Engagement des Bundes in diesen Bereichen notwendig. Die in der Vernehmlassungsvorlage vorgesehene Unterstützung partizipativer Vermittlungsformate im Kontext der kulturellen Teilhabe werde der Thematik und seiner Dringlichkeit nicht gerecht.

Auch verschiedene Organisationen (namentlich AdS, ch-i, SBV) halten den Vorschlag zur Weiterentwicklung der Förderung der kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen durch die Stiftung Pro Helvetia für unzureichend. Stattdessen setzen sie sich für eine konkrete Förderung des Kulturjournalismus ein, wobei auch die Medienförderung in die Pflicht zu nehmen sei (z. B. ARF, Suisseculture, visarte,). ch-i schlägt drei Massnahmen vor: eine Vertiefung der Analyse zu Stand und Entwicklung der Kulturberichterstattung in der Schweiz; eine Bestandsaufnahme des im Online-Kulturjournalismus bereits Vorhandenen (Infrastruktur, Kanälen, Inhalten); sowie die Erprobung neuer Online-Plattformen.

Suisseculture und sps weisen darauf hin, dass die Situation der Literaturzeitschriften (online wie gedruckt) ohne Unterstützung der öffentlichen Hand immer schwieriger werden dürfte und die strukturelle Unterstützung von Literaturzeitschriften als Bundesaufgabe wieder in die Kulturförderung aufgenommen werden sollte. AdS, LS, ch-i und sps kritisieren, dass die finanzielle Unterstützung der Zeitschrift «Viceversa» durch das BAK ab 2025 gestrichen werden soll und so eine wichtige Plattform für die literarische Auseinandersetzung verloren gehe.

m. Initiative «Kulturhauptstadt Schweiz»

Die Initiative «Kulturhauptstadt Schweiz» / «Capitale culturelle suisse» wird von verschiedenen Kantonen (u. a. GE, JU, NE, TG, VS), Parteien (namentlich FDP, GPS, SP), SSV, Organisationen (z. B. SMV, Suisseculture, t.) und Städten (namentlich La-Chaux-de-Fonds, Lausanne, Neuenburg und Nyon) unterstützt.

Der Kanton BS lehnt eine rotierende Titelvergabe einer «Kulturhauptstadt der Schweiz» dezidiert ab oder erwartet zumindest die Verwendung eines anderen Titels. Die Stadt Basel habe sich über die Landesgrenzen hinaus erfolgreich als «Kulturhauptstadt der Schweiz» positioniert, die jährliche Vergabe eines solchen Titels an mittelgrosse Städte würde die internationale Positionierung von Basel und der Schweiz schwächen und zu keinem Mehrwert führen.

n. Pro Helvetia

Grundsätzlich werden die Ziele und Massnahmen der Schweizer Kulturstiftung und ihre Bedeutung für das Kunst- und Kulturschaffen anerkannt und betont. Insbesondere die Stärkung des Engagements für Fragen der sozialen Sicherheit und faire Entschädigung von Kunstschaffenden sowie für Chancengleichheit (z. B. im Bereich Residenzen für Eltern) wird positiv vermerkt. Auch die Anpassung der Förderinstrumente zwecks vermehrter Berücksichtigung kreativer Prozesse wird sehr begrüsst. Die Ausweitung der Aktivitäten im Bereich Fotografie, Comics und Performance wird von den entsprechenden Interessensvertretungen willkommen geheissen. Häufig betont wird die wachsende Bedeutung der internationalen Verbreitung von Kunstschaffen aus der Schweiz, insbesondere auch im EU-Raum.

o. Schweizerisches Nationalmuseum

Ausser punktuellen Erwähnungen enthielten die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung keine weitergehenden Bemerkungen zu den in der Kulturbotschaft skizzierten Anpassungen des SNM in der Periode 2025–2028. Festzuhalten gilt es, dass die musealen Institutionen und die Museumsverbände, allen voran VMS und ICOM Schweiz, die definierten Handlungsfelder, welche die Museen direkt betreffen, als zutreffend und sinnvoll erachten (vgl. auch Ziff. 4.1).

p. Weitere Bemerkungen

Nachfolgend werden einzelne weitere Themen aus der Vernehmlassung in nicht abschliessender Weise aufgenommen:

Kulturschaffende und Kulturstudierende

Die EDK sowie mehrere Kantone (BE, BL, GE, GR, SG, UR, VS) interpretieren die Vernehmlassungsvorlage so, dass der Bund eine Steuerung der Abschlusszahlen an Fachhochschulen anstrebt. Sie fordern einen Verzicht auf diesen Vorschlag. Die Ausbildung liege in der Zuständigkeit der Kantone und die Erhöhung der Anzahl professioneller Kulturschaffender betreffe in erster Linie die Kulturdienste der Kantone und der Gemeinden. Die These, dass die oftmals prekären Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich die Folge einer «Überproduktion» von Kulturschaffenden durch die Fachhochschulen sei, lasse sich statistisch nicht erhärten. Ähnlich äussern sich verschiedene Kulturorganisationen (ch-i, SCS, SDA, SGDA, SMR, Suisseculture, t., vms, VSSM) sowie Organisationen aus der Bildung (namentlich HES-SO, KDKS, KHDK, KHMS, swissuniversities, ZHdK). SMR merkt an, dass Musikstudienplätze bereits heute aufgrund eines strengen Selektionsverfahrens und in einem Numerus Clausus-System vergeben werden. Der Kanton LU weist darauf hin, dass selbst eine restriktive Zulassung zum Kunststudium die Nachfrage nicht reduzieren könne – die Situation sei deshalb vertieft zu untersuchen und daraus konkrete Massnahmen abzuleiten.

Der Kanton BL erwähnt, dass die Zahlen zur Anzahl Kulturschaffender und insbesondere diejenigen zur Anzahl Abgängerinnen und Abgänger aus Fachhochschulen anhand der angegebenen Quellen nicht nachzuvollziehen seien. Die Aussagen, welche auf Basis der Statistiken gemacht werden, seien in dieser isolierten Darstellung falsch und daher zu streichen.

Die SVP begrüsst die Ausführungen: die hohe Anzahl an Abgängerinnen und Abgängern der Studienrichtungen im Kunstbereich helfe nicht gegen den Mangel an technisch qualifiziertem Personal im Kultursektor.

Auch der Kanton TG ist der Ansicht, dass die Ausbildungssituation und Anreize bei kunstorientierten Fachbereichen der Fachhochschulen hinterfragt werden müssen.

Kulturvermittlung

KVS fehlt ein breites Verständnis der Kulturvermittlung, welche alle Bereiche der Kulturvermittlung nebst den künstlerischen Sparten (Baukulturvermittlung, Wissenschaftsvermittlung, Soziokultur, Geschichtsvermittlung usw.) umfasst, sowie eine Valorisierung und dementsprechende Förderung der existierenden und zu entwickelnden Formate der Kulturvermittlung. Zudem empfehle sich eine Klärung des Begriffes Kulturvermittlung versus künstlerische Vermittlung. KVS stellt verschiedene Forderungen in diesem Zusammenhang (u.a. Finanzierung des Dachverbands, Berücksichtigung der Disziplin Kulturvermittlung bei Kulturpreisen, Berücksichtigung der Honorarempfehlungen von KVS).

Schweizer Kulturpreise

Verschiedene Organisationen schlagen eine Erweiterung der Schweizer Kulturpreise vor. Gemäss visarte sollte die Anzahl der Schweizer Kulturpreise sukzessive wieder erhöht werden. AdS plädiert für die Ausarbeitung von adäquaten Preisen für Autorinnen und Autoren von Kinder- und Jugendliteratur oder für Theaterautorinnen und -autoren; SIA für einen eigenständigen Preis für Baukultur; SCAA für Comics; SGDA für Games; KVS für die Kulturvermittlung; die SRG SSR für Serien, sps für Übersetzungen. Zudem müsse laut visarte auf Ebene der künstlerischen Medien und Strategien eine möglichst grosse Diversität berücksichtigt werden. Kritisch sieht visarte die Zusammensetzung der Eidgenössischen Kunstkommission (EKK): Es werde keine gleichmässige Abdeckung der verschiedenen Regionen der Schweiz durch die Mitglieder gewährleistet. Namentlich Suisseculture und t. empfehlen grundsätzlich, die Praxis mit den Kulturverbänden regelmässig zu diskutieren und zu überprüfen.

EKD, SAM und SIA, plädieren für eine konsequente Anwendung des umfassenden Verständnisses von Baukultur, dies bei den Schweizer Kulturpreisen (eigenständige Schweizer Preise für Baukultur) und im Bereich von Pro Helvetia.

Musikalische Bildung

Die allermeisten Organisationen aus dem Musikbereich (z. B. SKJF, SMR, STPV) bedauern, dass die musikalische Bildung nicht als separates Handlungsfeld genannt werde.

Der SBMV begrüsst die Massnahmen im Musikbereich grundsätzlich. Er fordert (ähnlich andere Musikorganisationen wie EJV, SKJF, Sonart) namentlich eine Gleichstellung zwischen den Programmen «Jugend und Musik» sowie «Jugend+Sport», beispielsweise durch die Einführung einer EO-Entschädigung für Leiterinnen und Leiter, sowie die entsprechende Aufstockung des Budgets.

Viele Organisationen aus dem Musikbereich (u. a. EJV, EOV, SKJF, SMR, vms, VSSM) machen geltend, dass auch zehn Jahre nach Inkrafttreten von Artikel 67a BV im Bereich des Musikunterrichts an der Schule noch keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Der vms (ebenfalls EJV) verlangt, die Prozesse im Programm «Jugend und Musik» zu vereinfachen und ein Konzept zur Förderung freiwilliger musikalischer Angebote für Lernende an Berufsschulen zu formulieren. Weiter verlangt der vms, eine zielführendere Regelung für Musikschultarife zu prüfen, da die aktuelle Formulierung (Art. 12a KFG) nicht wirksam sei.

5. Anhang

In den drei Sprachversionen des Vernehmlassungsberichts wird im Prinzip dieselbe Abkürzung für die Vernehmlassungsteilnehmenden verwendet. Diese basiert auf der von den Teilnehmern gewählten Sprache der Vernehmlassungsantwort. Bei Vernehmlassungen, die in mehreren Sprachen eingereicht wurden, wird die Abkürzung des Teilnehmers grundsätzlich auf Deutsch verwendet.

5.1 Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden mit Abkürzungen

Kantone

Kanton Zürich	ZH
Kanton Bern	BE
Kanton Luzern	LU
Kanton Uri	UR
Kanton Schwyz	SZ
Kanton Obwalden	OW
Kanton Nidwalden	NW
Kanton Glarus	GL
Kanton Zug	ZG
Kanton Freiburg	FR
Kanton Solothurn	SO
Kanton Basel-Stadt	BS
Kanton Basel-Landschaft	BL
Kanton Schaffhausen	SH
Kanton Appenzell Ausserrhoden	AR
Kanton Appenzell Innerrhoden	AI
Kanton St. Gallen	SG
Kanton Graubünden	GR
Kanton Aargau	AG
Kanton Thurgau	TG
Kanton Tessin	TI
Kanton Waadt	VD
Kanton Wallis	VS
Kanton Neuenburg	NE
Kanton Genf	GE
Kanton Jura	JU

Politische Parteien

Die Mitte

Mitte

Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP	EVP
FDP. Die Liberalen	FDP
GRÜNE Schweiz	GPS
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SP
Schweizerische Volkspartei	SVP

Dachverbände der Wirtschaft

Schweizerischer Gewerkschaftsbund	SGB
Schweizerischer Gewerbeverband	sgv
Verband economiesuisse	economiesuisse

Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Schweizerischer Gemeindeverband	SGV
Schweizerischer Städteverband	SSV
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB

5.2 Abkürzungsverzeichnis der Organisationen

AdS	Autorinnen und Autoren der Schweiz
ALESi	Associazione librai editori della Svizzera italiana
Alps	Stiftung Schweizerisches Alpines Museum
AP	Alliance Patrimoine
ARF	Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz
AROPA	Association Romande de la Production Audiovisuelle
AS	Archäologie Schweiz
ASO	Auslandschweizerorganisation
BB	Stiftung Ballenberg
BibMed	Bibliomedia Schweiz
BibS	Bibliosuisse
BSA	Bund Schweizer Architekten
ch	Ch Stiftung für die eidgenössische Zusammenarbeit
ch-i	Verein Ch-intercultur
CinéE	Cinéducation – Verein zur Förderung der Filmbildung
CinéF	Cinéforum – Fondation romande pour le cinéma
CinéM	Cinémathèque suisse, Schweizer Filmarchiv
CinéSuisse	CinéSuisse
CoS	Coscienza Svizzera
Cultura	Dachverband Schweizer Kulturinstitutionen
DAH	Domus Antiqua Helvetia
DS	Danse Suisse, Berufsverband der Schweizer Tanzschaffenden
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren
edu	Educationsuisse
EFiK	Eidgenössische Filmkommission
EJV	Eidgenössischer Jodlerverband
EKD	Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
ENHK	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
EOV	Eidgenössischer Orchesterverband
FH	Forum Helveticum
FoBil	Forum für die Zweisprachigkeit / Forum du bilinguisme

FPI	Forum per l'italiano in Svizzera
FSSTA	Fédération suisse des sociétés théâtrales d'amateurs
FSU	Fachverband Schweizer RaumplanerInnen
GARP	Gruppe Autoren Regisseure Produzenten
Gosteli	Gosteli-Stiftung
GSFA	Groupement Suisse du Film d'Animation
GSK	Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte
HeK	Stiftung Haus für elektronische Künste Basel
HL	Helvetia Latina
HR	Helvetia Rockt
IGF	Interessengemeinschaft unabhängige Schweizer Filmproduzenten
IGFM	IG Frau und Museum
IGV	IG Volkskultur Schweiz
IMsp	Institut für Mehrsprachigkeit
Interbiblio	Interkulturelle Bibliotheken der Schweiz
K-SDA	Keystone-SDA
KHKD	Konferenz der schweizerischen Hochschulen für Kunst und Design
KMB-ZPK	Kunstmuseum Bern-Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Basel
KMHS	Konferenz Musikhochschulen Schweiz
KVS	Kulturvermittlung Schweiz
LFS	Leseforum Schweiz
LR	Lia Rumantscha
LS	LIVRESUISSE, association romande des trois métiers du livre
M	Migros-Kulturprozent
MDS	MEDIA Desk Suisse
Memoriav	Memoriav
NIKE	Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung
OLSI	Osservatorio linguistico della Svizzera italiana
PC	ProCinema
Petzi	Verband Schweizer Musikclubs und Festivals
PGI	Pro Grigioni Italiano
PSR	Pro Svizra Rumantscha
RADG	Radgenossenschaft der Landstrasse
SAM	Schweizerisches Architekturmuseum
SAP	Schweizerischer Arbeitskreis Provenienzforschung
SAPA	Schweizer Archiv der Darstellenden Künste
SBMV	Schweizer Blasmusikverband
SBuV	Schweizerischer Burgenverein
SBMV	Schweizerischer Baumeisterverband
SBV	Schweizerischer Bühnenvorband / orchester.ch
SBVV	Schweizerischer Buchhändler- und Verlegerverband
SCAA	Swiss Comics Artists Association
SCS	Suisseculture Sociale
SCV	Schweizerische Chorvereinigung
SDA	Swiss Design Association
SF	SWISS FILMS
SFAk	Schweizer Filmakademie
SFM	Swiss Fiction Movement
SFo und	Swissfoundations
SFP	Swiss Film Producers' Association
SFV	Schweizer Filmverleiher-Verband
SGDA	Swiss Game Developers Association
SHS	Schweizer Heimatschutz
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein

SIG	Schweizerische Interpretengenossenschaft
SIKJM	Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien
SINC	Swiss Independent Cinemas
SIR	Stiftung Schweizerisches Institut in Rom
SIsrG	Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund und Plattform liberale Juden der Schweiz
SJW	Schweizerisches Jugendschriftenwerk
SKJF	Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung
SKKB	Schweizerische Konferenz der Kantonsbibliotheken SKKB
SKR	Schweizer Verband für Konservierung und Restaurierung
SKuV	Schweizer Kunstverein
SKV	Schweizerischer Kinoverband
SL-FP	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
SMPA	Swiss Music Promoters Association
SMPV	Schweizerischer Musikpädagogischer Verband
SMR	Schweizer Musikrat
SMV	Schweizerischer Musikerverband
Sonart	Sonart Musikschaaffende Schweiz
SPS	Spectrum Photography Switzerland
sps	Service de Presse Suisse
SRG SSR	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG
SSA	Société suisse des auteurs
SSC	Swiss Science Center Technorama
SSMP	Stiftung Schweizer Museumspass
SSP	Schweizerische Stiftung für die Photographie
SSV	Schweizer Studiofilm Verband
STPV	Schweizerischer Tambouren- und Pfeiferverband
Suisseculture	Suisseculture
Suissimage	Suissimage
SVMS	Schweizerische Vereinigung der Musiksammlungen
SzCH	Szene Schweiz
t.	Theaterschaaffende Schweiz
TFC	Taskforce Culture
UNESCO	Schweizerische UNESCO-Kommission
VFDM	Verband Fachdidaktik Musik Schweiz
VHS	Stiftung Verkehrshaus der Schweiz
VINTES	Verband für Industriekultur und Technikgeschichte Schweiz und Schweizerische Gesellschaft für Technikgeschichte und Industriekultur
visarte	Visarte – Berufsverband visuelle Kunst Schweiz
VKS	Verein Kulturvermittlung Schweiz
VmR	Vitromusée Romont
VMS	Verband Museen der Schweiz
vms	Verband Musikschulen Schweiz
VMS / CH-ICOM	Verband der Museen der Schweiz und Internationaler Museumsbund
VSSM	Verband Schweizer Schulmusik
ZFS	Zürcher Filmstiftung
ZSF	Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende

5.3 Liste der eingegangenen Spontanantworten

Aargauer Heimatschutz
Aargauischer Kulturverband
Action Intermittence

Akademien der Wissenschaften Schweiz
 Alex Schneider
 Anne Skouvaklis
 Anne-Sophie Marchal
 Arbeitskreis Denkmalpflege / Groupe de travail protection du patrimoine / Gruppo di lavoro protezione del patrimonio
 Archijeunes
 Ariane Pollo
 Art-Nachlassstiftung
 Verein ArchivArte
 Fondation Ateliers d'Artiste
 BiblioFR
 Association des bibliothèques fribourgeoises / Vereinigung Freiburger Bibliotheken
 Association L'Art d'Inclure
 Association Out of the Box
 Arbeitsgemeinschaft für die Provinzialrömische Forschung in der Schweiz / Association pour l'archéologie romaine en Suisse / Associazione per l'archeologia Romana in Svizzera
 Association Suisse La Lanterne Magique / Die Zauberlaterne / La Lanterna Magica
 Associazione Film Audiovisivi Ticino
 auawirleben Theaterfestival Bern
 Autismus Schweiz / Autisme suisse / Autismo Svizzera
 Autrement-aujourd'hui
 Baobab Books
 Berner Design Stiftung / Fondation bernoise de design
 Berner Heimatschutz / Patrimoine Bernois
 Bibloromandie
 Bibliotheksbeauftragte der Deutschschweiz (Berufsverband BiblioSuisse)
 Bruno Glaus
 Bündner Heimatschutz / Protecziun da la patria / Protezione della patria Grigioni
 Centre de traduction littéraire (Unil – Université de Lausanne)
 Christian Gysi
 Christoph Wey
 CIIP Conférence intercantonale de l'instructions publique de la Suisse romande et du Tessin
 Ciné-Doc
 Association des Cinémas Romands (Cinemotion)
 Claudia Cadruvi
 Clemens Kuratle Hochschule Luzern – Musik
 Clemens Kuratle Hochschule Luzern – Musik (überarbeitete Version)
 Comic Netzwerk Schweiz / Réseau bande dessinée Suisse / Rete fumetto Svizzera
 Confoederatio Ludens
 Conseil communal La Chaux-de-Fonds
 Conseil des affaires francophones de l'arrondissement de Biel/Bienne
 Coordination Romande des Arts de la Scène
 Dave Gisler
 Verein drumrum Raumschule
 ECAL Ecole cantonale d'art de Lausanne
 Ecoute voir
 Eidgenössische Kommission für Kulturgüterschutz
 ensuite – Zeitschrift zu Kultur und Kunst
 Erika Schneider
 Erika Wey
 Schweizer Verband der Gesangslehrenden / Association suisse des professeurs de chant / Associazione svizzera degli insegnanti di canto
 Fédération genevoise des musiques de création

Verein Filmkids & Swiss Film School SFS
 Verein CH-Film – filmo Schweizer Filme neu entdecken
 Forschungskomitee Kunst- und Kulturosoziologie der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie /
 Comité de recherche Sociologie des arts et de la culture
 Fondation pour la création numérique
 Fondation romande pour la chanson et les musiques actuelles
 Gemeinderat Stadt Bern
 Genossenschaft fahrendes Zigeuner-Kultur-Zentrum
 Gesellschaft für bedrohte Völker
 Glarner Heimatschutz
 Graziella Contratto
 Gregor Brinkert
 Gregor Wannack
 Hans-Jörg Ryser
 Hauptstadtreionschweiz
 Hauseigentümerverband Schweiz
 Heimatschutz Appenzell Ausserrhoden
 Heimatschutz Schaffhausen
 Heimatschutz Solothurn
 Heimatschutz St. Gallen / Appenzell Innerrhoden
 Heimatschutz Zürich
 HES-SO Rectorat
 ifpi Schweiz
 IG Kultur Luzern
 IG lebendige Traditionen
 Indie Suisse
 Insieme Schweiz
 Intergruppo parlamentare ITALIANITÀ
 Jan Galega Brönnimann
 Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina
 Kantonal-Bernischer Kinoverband
 Kantonsbibliothek Graubünden
 Kino Meiringen
 Kinok
 Kinokultur
 Konferenz der Hochschulen der Darstellenden Künste und des Literarischen
 Kunstmuseum Basel
 Kunstvermittlung Tinguely Museum
 Association suisse des métiers d'art
 La Lucarne
 LAC Lugano Arte e Cultura
 Lapurla
 LCH Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
 Les Têtes renversantes
 LES URBAINES
 Lucas Niggli
 MAMCO Musée d'art moderne et contemporain
 Martin Blocher
 Martin Wicki
 Mary Imhof
 Matthias Müller
 metal suisse
 Municipalité de Nyon
 Musées de Pully

Musiklexikon der Schweiz
 Nathalie Fauguel
 Netzwerk Audiokultur
 Neugass Kino AG
 NGO-Koordination post Beijing Schweiz
 Nicolas Cambolin
 Olivier Zimmermann: Pro Infirmis
 Opendata
 Othmar Schoeck Festival
 Patrick Bolliger
 Peter Horisberger
 Plattform Agenda 2030
 Pro Cirque
 Pro Infirmis: Soutien de la Comédie de Genève à la prise de position de Pro Infirmis
 Pro Infirmis
 Relax Culture
 René Bettenmann
 Reto Hännny
 RISM Digital Center
 Rolf Lappert, Schriftsteller
 Ruedi Häusermann
 Ruedi Müller
 Sarah Buechi
 SBB AG
 Schlachthaus Theater Bern
 Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit
 Schweizer Alpen-Club SAC:
 Schweizer Bar und Club Kommission
 Schweizer Musikzeitung
 Schweizer syndikat film und video
 Schweizer Tourismus-Verband STV
 Schweizerische Musikforschende Gesellschaft
 Schweizerische Stiftung für die Umschulung von Darstellenden Künstlerinnen und Künstlern
 Schweizerischer Gehörlosenbund
 Schweizerischer Kirchenmusikverband
 Schweizerischer Verband der Musikverlage
 Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana
 SDSN Schweiz – Netzwerk für Nachhaltigkeitslösungen
 Seminar für Filmwissenschaft
 Simone Gysin
 Sektion Bern
 Solothurner Filmtage
 Stadt Thun
 Stadt Zug Stadtrat
 Stadt Zürich
 Stefan Ryser: Förderung von Nischen-Labels im Musikbusiness
 Stiftung Baukultur Schweiz
 Stiftung Bibliothek Werner Oechslin
 Stiftung Fotomuseum Winterthur
 Stiftung Musik für alle
 Stiftung Radio Basel
 Susi Jenny
 Swiss Music Export
 Swiss Video Game Archivists et Groupe d'étude GameLab UNIL-EPFL

Swissscopyright c/o Pro Litteris
 Swissuniversities
 syndicom – Gewerkschaft Medien und Kommunikation
 Théâtre Le Reflet
 Ueli Balsiger
 Ulrich Peyer
 Urs Leimgruber
 Uwe Gruner
 Verband Medien mit Zukunft
 Verband Schweizer Keramik
 Verband Schweizerischer Filmtechnischer und Audiovisueller Betriebe
 Verband Schweizerischer Zirkusschulen
 Verein BewegGrund
 Verein Entwicklung des Magazins «Die Notbremse»
 Verein Intakt Records
 Verein MMF Swiss
 Verein Roadmovie
 Verein schäft qwant
 Verein Strapazin
 Verein Swiss Coordination Group UNESCO Palafittes
 Verein Übersetzerhaus Looren
 Vereinigung der professionellen Sprecherinnen und Sprecher
 Vereinigung des Archäologischen Technischen Grabungspersonal
 Ville de Fribourg, Service de la Culture
 Ville de Lausanne
 Ville de Neuchâtel
 Ville de La Chaux-de-Fonds
 Walter Leemann
 Yuvviki Dioh
 Zeughaus Kultur
 Zuger Heimatschutz
 Zürcher Hochschule der Künste
 ZÜRCHER KOMITEE «Zürcher Zunftwesen»

5.4 Statistische Übersicht der eingegangenen Antworten

Die 369 eingegangenen Antworten teilen sich wie folgt auf:

	zur Vernehmlassung eingeladen	eingegangene Stellungnahmen
Kantone (mit KdK)	27	26
Politische Parteien	11	6
Wirtschaftsverbände	8	3
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	3
Organisationen	205	131
Spontanantworten	---	200
TOTAL	254	369